

Vertrauensfrage

„Angesichts der mit der Vertrauensfrage einhergehenden Drohung ist es durchaus zutreffend, Artikel 68 als ein Kampfmittel des Bundeskanzlers gegen ein obstruierendes Parlament zu qualifizieren“, schreibt ein Grundgesetzkommentator. Weimarer Verhältnisse – durchschnittliche Regierungszeiten eines Kanzlers von einem Jahr– sollte es nach dem Willen der Väter und Mütter des Grundgesetzes nie mehr geben.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik verknüpft heute ein Kanzler eine Sachentscheidung mit der Vertrauensfrage. Dabei hätte er sich einer Mehrheit von 90% der Abgeordneten sicher sein können – wohl kaum ein „obstruierendes Parlament“.

Mit dem überraschenden Schwenk von der Gewissens- zur Vertrauensfrage hat der Kanzler alle Trümpfe in die Hand genommen: Die SPD steht stramm, die CDU ohne Kanzlerkandidat(in) da. Den Grünen droht Schröder schlicht mit der Vernichtung. Für Pazifisten in beiden Koalitionsfraktionen lautet die Alternative Selbst- oder Mandatsaufgabe.

In der Logik deutscher Politologen und Kommentatoren mag das zwingend sein. Die Menschen, mit denen ich rede, halten wenig von blindem Gehorsam, aber viel von Abgeordneten mit Überzeugungen und Rückgrat. Ein Parlament ohne Pazifisten macht mir mehr Sorgen als ein Kanzler ohne eigene Mehrheit. Diskussionsverbote akzeptiere ich nicht. Deshalb habe ich Hochachtung für Winne Hermanns aufrechte Haltung gegen den Krieg.

Den unveränderten Antrag der Bundesregierung auf Bereitstellung deutscher Soldaten hätte ich vor acht Tagen ebenfalls abgelehnt. Heute stellt sich mir die Lage anders dar: Zum einen hat die Regierung durch eine verbindliche Erklärung die entscheidenden Defizite des Kabinettsbeschluss behoben. Deutsche Streitkräfte werden in keinem Land außerhalb Afghanistans und nur zum Kampf gegen Osama Bin Ladens Organisation eingesetzt, das Parlament behält die Kontrolle. Zum andern hat sich in Afghanistan das Blatt gewendet. Die Taliban haben Kabul geräumt, 75% der Afghanen sind jetzt für internationale Hilfe erreichbar, die wichtigste grüne Forderung – Bombenstopp zur Versorgung der Flüchtlinge – ist auf unerwartete Weise erfüllt. An diese Entwicklung habe ich nicht geglaubt, sie ermöglicht mir ein Ja. Zu bedenken gilt es auch, was nach den Anschlägen alles auf dem Spiel steht. Ohne Grüne in der Regierung wären Fingerabdrücke im Pass, Abschiebungen auf Verdacht und ein unkontrollierbares BKA bereits beschlossen. Außenminister Fischers Konzept multilateraler Konfliktlösung durch Stärkung supranationaler Institutionen ist im Gegensatz zum Wunsch des Kanzlers nach einer militärischen Großmachtrolle Deutschlands eine gute Antwort auf die neue weltpolitische Situation.

Eine Republik ohne Grüne? Wer kämpft dann noch für die solare Energiewende, den Umweltschutz, faktische Gleichberechtigung der Geschlechter, eine humane Flüchtlingspolitik, direkte Demokratie und Bürgerrechte? Wer setzt einen vernünftigen Ausbau der B 27 gegen Autobahnfans durch und die RegioStadtbahn aufs Gleis? Nein, den Erfolg, die Grünen zum Kollateralschaden werden zu lassen, gönne ich den Attentätern von New York nicht.